

Religion

Zu unseren Werten stehen

Die Schweiz basiert auf einem christlich-abendländischen Kultur- und Wertefundament. Es ist die Basis unserer Identität und unseres Zusammenlebens. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen und unsere Landeshymne verweist auf Gott. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Bürgern die freie Wahl ihres Glaubens, solange dieser nicht im Widerspruch steht zur schweizerischen Rechtsordnung.



Die eigenen Wurzeln erhalten

Die Entflechtung von Kirche und Staat darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein christlich geprägtes Gesellschafts- und Menschenbild für die Kultur und die Politik der Schweiz von grosser Wichtigkeit ist. Der Verlust dieser Wurzeln und Werte wäre verheerend. Gerade die individuelle Freiheit ist eine Folge des christlichen Menschenbildes. Die Entwicklung der Demokratie aus antiken Vorstellungen ist nur mit dem Übergang zur Selbstverantwortung zu verstehen. Weiter ist die protestantische Arbeitsethik Grundlage einer unternehmerischen und leistungsorientierten Gesellschaft. Aus den christlich-abendländischen Grundlagen schöpfen wir vernünftiges Denken, Kreativität und Innovation. Denn Unternehmertum und Fortschritt wurzeln in tätiger Hoffnung auf eine prosperierende Zukunft. Aber auch der katholische Subsidiaritätsgedanke und die Betonung des Werts des Individuums innerhalb der Schöpfung waren und sind für die Schweiz und den Schweizer Föderalismus prägend. Probleme sollen in Eigenverantwortung und möglichst von den Betroffenen selber gelöst werden.

Ausbreitung des Islams kritisch verfolgen

Auch Toleranz und Offenheit zählen zum christlichen Erbe. Dies soll uns aber nicht aus falsch verstandener politischer Korrektheit daran hindern, den Islam genau und kritisch zu beleuchten. In der Schweiz leben weit über 400'000 Angehörige muslimischen Glaubens. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistischem Gedankengut. Doch

die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen dadurch teilweise Vorstellungen über Recht und Ordnung oder die Stellung der Frau mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind. Radikalisierungs- und Abschottungstendenzen sind ein nicht zu unterschätzendes Problem. Gleichzeitig werden Forderungen islamischer Gemeinschaften laut, als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt zu werden oder ihre Geistlichen an unseren Universitäten ausbilden zu lassen. Diesen Herausforderungen darf nicht blauäugig begegnet werden. Aus Sicht der SVP ist die offizielle Anerkennung des Islams kein gangbarer Weg, da er unweigerlich zu weitreichenden Forderungen seitens der islamischen Gemeinschaft führen wird.

Glaubens- und Gewissensfreiheit hochhalten

Unsere geistigen, historischen und kulturellen Wurzeln müssen erhalten bleiben und gepflegt werden. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Die Kirchen leisten damit einen wesentlichen Beitrag an eine solidarische Schweiz. Weder eine Partei noch der Staat soll Menschen auf religiöse Überzeugungen verpflichten oder ihnen einen bestimmten Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchliche Tätigkeit. Diese

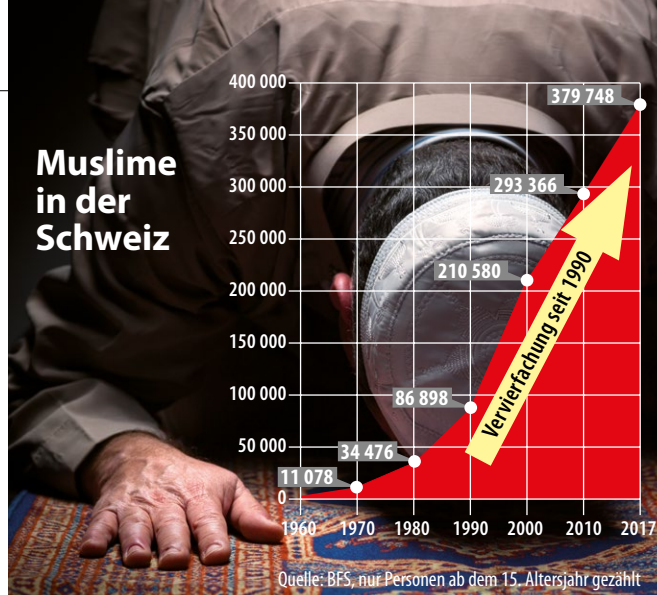
Toleranz findet aber da ihre Grenzen, wo Religionsgemeinschaften ihrerseits die Toleranz verachten oder gar bekämpfen. Darüber hinaus versteht sich von selbst, dass im Rahmen von offiziellen staatlichen Feierlichkeiten christliche Riten und Symbole als Verweis auf unser christliches Erbe dazugehören dürfen.

Einhalten unserer Regeln einfordern

Genau wie wir uns als Gäste in anderen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir in der Schweiz konsequent auf die Einhaltung unseres Rechts und unserer Sitten bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem dürfen nicht geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen. Unsere Gerichte dürfen einen islamischen Kulturhintergrund keinesfalls zur Strafmilderung heranziehen. Die Duldung oder gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, Ehrenmorden, Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen ist hierzulande absolut inakzeptabel. Unser Rechtsstaat hat die Pflicht, die integrale Achtung unserer Rechtsordnung auch von Einwanderern einzufordern und die Gewährung jeder auch noch so geringfügig scheinenden Konzession zu vermeiden.

Keine Duldung von Parallelgesellschaften

Das Rechtswesen hat mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich beispielsweise das Problem mit dem Islamismus nicht weiter verschärft. Es ist klarzumachen, dass unse-



re Regeln für alle Angehörigen von Religionsgemeinschaften gelten und jeder sich anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor dem Gesetz gilt immer. Darum sind etwa Dispensation vom Schwimmunterricht, der Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen oder der Verzicht auf das Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten nicht zulässig. Auch ist die schleichende Ausbreitung von Scharia-Gepflogenheiten parallel zu unserem Rechtsstaat vehement zu unterbinden. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden. Wer sich aktiv unserer Wertordnung widersetzt und nicht Schweizer Bürger ist, soll ausgewiesen werden.

Standpunkte

Die SVP ...

- steht zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staates, unserer Rechtsordnung und unserer Kultur;
- fordert, dass Kreuze als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden;
- lehnt religiös motivierte Sonderrechte ab, welche im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung stehen;
- verlangt, dass alle Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen ohne Kopfbedeckung erscheinen;
- unterstützt die Initiative für ein Verbot der Gesichtverschleierung;
- lehnt jeden Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen ab;
- widersetzt sich besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften;
- will, dass alle Schülerinnen und Schüler die obligatorischen Schulfächer besuchen;
- verlangt die bedingungslose Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbots;
- will, dass Schweizer Bürger, die im Ausland als Terroristen oder Dschihadisten aktiv gewesen sind, bei der Rückkehr in der Schweiz hart bestraft werden;
- fordert, dass Ausländer oder Schweizer Doppelbürger, welche als Terroristen oder Dschihadisten aktiv sind, ihren Aufenthaltsstatus bzw. die Schweizer Staatsbürgerschaft per sofort verlieren und ausgewiesen werden;
- lehnt die Anerkennung nicht-westlicher Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften und die staatliche Ausbildung Geistlicher dieser Religionsgemeinschaften ab.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Gläubiger die Freiheit zur Ausübung meiner Religion;
- ✓ als Eltern die Gewissheit, dass sich meine Kinder auch in der Schule an christlich-abendländischen Werten orientieren können;
- ✓ als Lehrer Klarheit über den Besuch des Unterrichts durch meine Schüler;
- ✓ als Bürger Schutz vor Gewalt und öffentlicher Aufwiegelung zum Hass.